

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/5 — 65304 — 5041/68

Bonn, den 12. Januar 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737) in der zur Zeit geltenden Fassung die von der Bundesregierung beschlossene

Dreißigste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1967
(Zollkontingent für Sulfat-
oder Natronzellstoff — 1968)

nebst Begründung mit der Bitte, die Zustimmung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Es handelt sich um eine dringliche Zollvorlage im Sinne des § 96 a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

Die Verordnung ist gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Bundesrates übersandt worden.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Brandt

Dreißigste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967
(Zollkontingent für Sulfat- oder Natronzellstoff — 1968)

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 13. Dezember 1967 (Bundesgesetzblatt I S. 1205), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Zolltarif 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 1819) in der zur Zeit geltenden Fassung wird im Anhang II (Zollkontingente) in der Nummer 65 in der Spalte 2 (Warenbezeichnung) die Angabe „700 000 t vom 1. Januar 1967 bis 31. Dezember 1967“ ersetzt durch: „sowie mit Ursprung außerhalb Algeriens, 750 000 t vom 1. Januar 1968 bis 31. Dezember 1968“.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1968 in Kraft.

Begründung

(zu § 1)

(1) Sulfat- oder Natronzellstoff wird in den EWG-Ländern nicht in ausreichender Menge hergestellt. Die Bundesrepublik ist deshalb auf Einfuhren in erheblichem Umfang aus Drittländern angewiesen. Hauptlieferländer: Schweden, Finnland.

(2) Die Bundesrepublik ist gemäß Protokoll Nr. VII des Abkommens betreffend Waren der Liste G ¹⁾ berechtigt, ein Zollkontingent für die zollfreie Einfuhr von Sulfat- oder Natronzellstoff aus Drittländern in Höhe des jährlichen Bedarfs zu eröffnen.

(3) In den Vorjahren hatte die Bundesregierung folgende zollfreie Kontingente eröffnet:

1962	460 000 t
1963	570 000 t
1964	620 000 t
1965	620 000 t
1966	650 000 t
1967	700 000 t.

Der Bedarf im Jahre 1968 wird auf 750 000 t geschätzt.

(4) Die Versorgungslage der Gemeinschaft bei Sulfat- oder Natronzellstoff wird sich in naher Zukunft nicht wesentlich ändern. Nach der Versorgungslage kann daher davon ausgegangen werden, daß der Ministerrat der EG von der im Protokoll Nr. VII zum Abkommen betreffend Waren der Liste G vorgesehenen Möglichkeit, die sich aus diesem Protokoll ergebende Regelung für die Zeit nach dem 31. Dezember 1966 zu ändern, keinen Gebrauch macht.

¹⁾ Bundesgesetzbl. 1961 II S. 317/318/340